

SPD-Chef Sigmar Gabriel im Oberbergischen Süden



Gemeinsam mit der Bundestagskandidatin der SPD Oberberg Michaela Engelmeier-Heite besuchte Parteichef Sigmar Gabriel „Gut Segenborn“, die stationäre Einrichtung für Wohnungslose, in Waldbröl – Pulvermühle, direkt an der Grenze zur Gemeinde Nümbrecht.

Mit der der Leiterin der Einrichtung Susanne Hahmann und dem Geschäftsführer der Diakonie Michaelshofen, Wolfgang Schmidt, diskutierten die beiden Politiker, interessiert und fachkundig, über die Arbeit, Nöte, Sorgen und Wünsche vor Ort.

Susanne Hahmann erläuterte, dass nach ihrer Meinung die Zahl der jugendlichen Wohnungslosen seit der Einführung von Hartz IV deutlich angestiegen sei. Diese Kritik wollte Gabriel so nicht stehen lassen „Ich bin absoluter Fan von Hartz IV“; so der Parteichef. Das Auszugsverbot für Jugendliche sei auch vorher gesetzlich verankert gewesen, aber nicht angewendet worden. Da aber die Sozialhilfekosten sehr stark gestiegen seien, sind die Mitarbeiter in den Behörden gehalten alle Hilfeleistungen zu hinterfragen.

In diesem Zusammenhang übte Gabriel deutliche Kritik, auch an der eigenen Partei. „Seit 40 Jahren sind die Kommunen schlecht behandelt worden,

im Bund werden Leistungsgesetze beschlossen, aber die Finanzierung auf die Kreise und Kommunen abwälzt worden.“ Das müsse sich unbedingt ändern um die Kommunen wieder handlungsfähig zu machen.

Interessiert hinterfragen Engelmeier-Heite und Gabriel die Möglichkeit der Bewohner auf dem hauseigenen Biohof zu arbeiten, um so wieder an einen geregelten Tagesablauf und den Arbeitsmarkt herangeführt zu werden. Auch über die Akzeptanz der Nachbarn und nach Vorurteilen in der Bevölkerung wurde kritisch gesprochen. Frau Hahmann bestätigte, dass dies vorkomme, betonte aber, die Zusammenarbeit mit der Stadt Waldbröl und der Nachbarkommune Nümbrecht sei sehr gut. Die Bewohner würden doch Kooperationen mit Kirchenkreisen und Dorfgemeinschaften gut integriert.

Stärkungspakt Stadtfinanzen

Die Haushaltslage vieler Kommunen in Nordrhein-Westfalen ist angespannt - ihre Handlungsfähigkeit durch Überschuldung oftmals bedroht. Die SPD löst mit dem Stärkungspakt eines ihrer zentralen Versprechen ein, die Kommunen im Land nicht im Stich zu lassen. Es werden überschuldeten oder von Überschuldung bedrohten Kommunen Hilfen von insgesamt 5,85 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Im Gegenzug müssen die vom Stärkungspakt profitierenden Städte und Gemeinden einen klaren Sanierungskurs einschlagen und bis spätestens zum Jahr 2020 einen Haushaltsausgleich aus eigener Kraft erreichen.

Betrachtet man alle Gelder die in die Kommunen fließen, dann hat noch nie eine Landesregierung mehr Geld für die Kommunen zur Verfügung gestellt als in dieser Legislaturperiode!